Vorlage

zur Sitzung des

Bau- und Planungsausschusses

am: <u>28.11.2016</u> ☒ öff. Teil Top: <u>12</u> ☐ n.ö. Teil	FD: <u>Bauen und Umwelt</u> Az: <u>022-36/4</u>
--	--

Betr.: Beratung und Beschlussfassung über den Antrag auf Sperrung der Schützenstraße

Erläuterung:

Anlieger sowohl der „verlängerten“ Schützenstraße als auch der umliegenden Straßen haben Anfang September den beigefügten Antrag auf Sperrung und Umgestaltung eines Teilstücks der Schützenstraße zwischen Nordstraße und der Straße Zu den Höfen gestellt.

Anlieger der Schützenstraße haben sich in der Vergangenheit mehrfach, zuletzt im Jahre 2013, über vermehrten Schwerlastverkehr, überhöhte Geschwindigkeiten und auch zugenommenen Durchgangsverkehr etc. beschwert. Dies betraf sowohl den vorderen als auch hinteren „verlängerten“ Teil der Schützenstraße.

Nach erfolgten Verkehrsmessungen wurden grundsätzlich keine überhöhten Geschwindigkeiten, kein vermehrter Schwerlastverkehr und kein hohes Verkehrsaufkommen festgestellt.

Aus verkehrsrechtlicher Sicht sind diesbezüglich keine Maßnahmen erforderlich.

Im Anliegerantrag geht es nun neben einer „Möblierung“ der Straße insbesondere um die Sperrung des Durchgangsverkehrs.

Festzustellen ist, dass der Antrag von keinem Anlieger der Wilhelm-Busch-Straße und ansonsten grundsätzlich nur von Anliegern unterschrieben wurde, deren Grundstück direkt an die „verlängerte“ Schützenstraße grenzt. Insoweit fehlt es an einem umfassenden Votum.

Die Sperrung der Straße mittels Absperrpfosten (plus Zeichen Sackgasse) ist sicher eine effektive Maßnahme um Durchgangsverkehr in diesem Abschnitt zu verhindern. Ausweichverkehre könnten sich hierdurch möglicherweise über den Eschweg ergeben.

Seitens der Verwaltung haben bereits die früheren Messungen gezeigt, dass grundsätzlich weder straßenverkehrsrechtliche noch bauliche Veränderungen (Möblierung etc.) erforderlich sind, da hier kein hohes Verkehrsaufkommen festgestellt werden konnte.

Beschlussvorschlag:

Eine Sperrung der Schützenstraße, wie im Antrag vorgetragen, wird für nicht notwendig erachtet.